

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreise: Durch weitere Seiten
für die ganze monatlich 1000 Mark.
Abstufungen nehmen die Ausgaben
und die Ausgaben die Bezeichnungen
mitzugeben. - Artikel nicht möglich.
Ausgabezeitung Nr. 32.

Belegpreise: Die Belegpreise
bestehen für Belegungen aus Aue und
Mittweida 70.00 Mark, auswärts
ausgewogene 50.00 Mark. Mindestabnahme
seit 200.00 Mark. Bei größerer Ab-
nahme entsprechendes Rabatt.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postleitzahl: Aue Leipzig Nr. 1000

Nr. 37

Dienstag, den 13. Februar 1923

18. Jahrgang

Die Absperrung der Ruhrindustrie.

Ein ungeheuerlicher Gewaltakt.

Die B. S. erfordert von zuständiger Stelle der nächstbeteiligten Industrie, von dem neuesten Gewaltakt der Franzosen, der vollständigen Absperrung der Ruhrindustrie gegenüber dem unbesetzten Deutschland ist vorläufig weder diesseits noch jenseits der Sperrlinie eine ernste Schädigung zu erwarten. Die Ruhrindustrie ist in großem Maße Selbstverbraucher, d. h. die Weiterarbeit der Werke ist nicht unbedingt an den Verlauf ihrer Erzeugnisse nach dem unbesetzten Deutschland gebunden. Sie kann längere Zeit, wie schon früher beispielweise in den letzten wirtschaftlichen Störungen, auf Lager arbeiten.

In dem unbesetzten Gebiet deckt sich die Eisenverarbeitende Industrie mit Walzwerken und anderen Grundprodukten in Vorberührung solcher Zwangsmassnahmen so gut ein, daß sie auf eine ganze Reihe von Monaten von der Aufsicht aus dem Ruhrgebiet unabhängig ist. Außerdem haben die großen Industriewerke des Einbruchsgebietes ihre Niederlassungen und Zweigbetriebe in den übrigen Teilen des Reiches, die in diesem Zusammenhang eine Vorratswirtschaft betreiben und große Bestände besitzen. Die Produktion im unbesetzten Gebiet läßt sich im Notfall mit Hilfe ausländischer Kohlen sogar derart steuern, daß die deutsche Gesamtwirtschaft in ihrer Produktionsfähigkeit nicht leidet.

Überraschung und Mithilfe in Paris.

Die Abschließung des Ruhrgebietes vom übrigen Deutschland auch für Fernwaren wird von der gesamten Presse mit wenigen Ausnahmen als eine Sanktion von ungeheurer Bedeutung bezeichnet. Den Standpunkt der französischen Arbeiter vertritt „Populaire“, der schreibt: Will man jetzt auch die Metallarbeiter zum Feiern zwingen, will man Fabrikate ebenso herauszuholen wie Kohle? Selbst wenn es gelinge, die aus dem Ruhrgebiet herauszubringen, welche Märkte sollen diese Fabrikate aufnehmen? Diese plötzliche Überschwemmung mit Metallprodukten würde notwendigerweise ein gefährliches Sinken der Preise und die Proteste sämtlicher konkurrierenden Industrien zur Folge haben.

Das Organ „Jouhaux“, das Gewerkschaftsblatt „Peuple“, führt aus: Vor einem Monat wurde das Abenteuer im Ruhrgebiet eingeleitet. Seine ersichtlichen Resultate sind gleich null. Frankreich und Belgien bemühen sich nach besten Kräften, ihren Schuldner zu ruinieren. Man sieht nicht, daß sie wissen, was sie wollen.

Auf die große Schädigung, die den meisten Ländern der Welt, die mit Deutschland Handel treiben, durch die neueste Gewaltmaßnahme droht, weiß unbewußt der nationalistische „Glaix“ hin; er schreibt, es handle sich um Handelsprodukte und Tüllgemitte sowie um Metalle und landwirtschaftliche Maschinen, alles Produkte, die zum größten Teil in Schweden, Norwegen, Holland, Amerika und England in beträchtlichen Mengen abgesetzt werden. Die Maßnahmen, die ergreifen wurden, müssen diesen Export zwar beeinträchtigen, aber Frankreich werde die Böllte einfassen und könne sich auch zweifellos am Orte des Absages wenigstens einen Teil des Verkaufsvertrages kreditieren lassen.

Güte mit Eisen- und Stahlwaren beschlagnahmt.

Die gestern Mittwoch in Kraft getretenen neuen Ausfuhr einschränkungen, die alle metallurgischen Sendungen umfassen, wurden schon in der Nacht von Sonntag zu Montag angewendet. Zwei Güter, die von den Werken mit Stahl beladen sind und nach Remscheid bestimmt waren, sind festgehalten worden. Außerdem werden jetzt auch die verschlossenen Güterwagen angehalten und daraufhin untersucht, ob in ihnen Eisen oder Stahl oder Geräte aus Eisen oder Stahl sich befinden.

Schließereien in Gelsenkirchen.

Ein deutscher Oberwachtmeister gestorben,
zwei Franzosen verwundet.

Gestern fuhren 7½ Uhr kam aus der Richtung Wettinhausen durch die Hochstraße in Gelsenkirchen ein deutscher Kraftwagen, der von einem deutschen Chauffeur gefahren wurde und in dem zwei Französische Gendarmerieoffiziere saßen. Da der Wagen trotz der Dunkelheit keine leuchtende Schlussnummer trug, fiel ein in der Hochstraße postiertes Schubobeamtes das Auto an. Die Offiziere sprangen aus dem Wagen, rissen dem Schubobeamten Hände hoch zu und entwaffneten ihn trotz seines Widerworts. Mittlerweile war von privater Seite die etwa 50 Schritte von diesem Ort entfernte Polizeiwache alarmiert worden, die darauf eine Unzahl Beamte nach der fraglichen Stelle entsandte. Offiziell erhob der eine französische Offizier seine Waffe und schoß den von ihm stehenden Ober-

wachtmeister zweimal in den Hals. Der erste Schuß war ein Durchschuß, der zweite ein Steckschuß. Die beiden Franzosen und auch der Chauffeur ließen davon und erhielten durch einen anderen Schubobeamten Schläge, von denen einer einen Franzosen in den Leib, einer den anderen Franzosen in die Schulter drang. Die beiden Franzosen wurden ins katholische Krankenhaus gebracht, während der Polizeibeamte ins evangelische Krankenhaus geschafft wurde, wo er einer Operation unterzogen wurde. Mit seinem Auskommen ist nicht zu rechnen. Dieser Zwischenfall hat in der Stadt große Erregung hervorgerufen.

Französische Ausschreitungen in Essen.

Im Essen kam es gestern durch die Weigerung der Gastwirte, an Angehörige der fremden Armeen Speisen noch Getränke abzugeben, zu wilden Szenen.

Von dem Einquartierungstag sind die beiden ersten Essener Hotels, der Kaiserhof und der Handelshof, für die Franzosen beschlagnahmt worden. Die Hotelleitung haben den Franzosen mitgeteilt, daß sie nicht mehr in der Lage seien, Speisen und Getränke für sie zu liefern. Daraufhin haben die Franzosen sich bereit erklärt, selbst Lebensmittel herbeizuschaffen, die von dem Hotelpersonal zubereitet werden sollten. Daraufhin ist in einer Versammlung der Betriebsräte auf Unwissung der Gewerkschaften beschlossen worden, daß das Personal der Hotels die Arbeit niederzulegen habe und Speisen und Getränke wieder herstellen noch servieren dürfe.

Daraufhin haben die Franzosen die Küche und das Restaurant im Handelshof beschlagnahmt. Diese Beschlagnahme geschah durch eine bewaffnete Abteilung, die mit aufgeplanztem Bajonetts die Gäste und das Personal aus den Betriebsräumen hinausjagte. Auf dem Bahnhofplatz waren unterdessen mehrere starke französische Patrouillen aufmarschiert, die das zahlreiche Publikum, das die dortige Gegend passierte, nach dem Bahnhof zutrieb.

In wilder Flucht stürmten hunderte von Deuten die Halle des Bahnhofs, wurden aber dort von einer anderen Patrouille, die von der entgegengesetzten Seite kam, herausgetrieben. Dabei wurden Deute, die nicht schnell genug weichen konnten, mit Stolperstößen und Rettpeitschenstößen weitergetrieben. Ein Junge, der auf einem Wagen auf der Straße fuhr, wurde von einem Offizier mit der Rettpeitsche heruntergeschlagen.

Die Trierer Reichsbank beschlagnahmt, die Beamten entführen.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Trier: Als am Sonnabend drei Reichsbankbeamte nach auswärtigen Fahrten wollten, um die notwendig gebrauchten Geldmittel zu holen, wurden sie von französischen Soldaten festgenommen. Reichsbankdirektor Blei begab sich darauf zur französischen Bühre, um sich nach dem Schlußsal der Beamten zu erkundigen. Er ist bisher noch nicht zurückgeföhrt. Die Reichsbank wurde belegt und für das Publikum geschlossen.

Die Trierer Besatzung als Einbrecher.

In den Büros der Eisenbahndirektion Trier haben die Franzosen den Kassenschrank gewaltsam aufbrechen lassen und den Inhalt im Betrage von etwa drei Millionen Mark an sich genommen.

Beschlagnahme von Rohgeldern durch die Franzosen.

Wie der Düsseldorfer Korrespondent des „Petit Parisien“ mitteilt, haben die Franzosen begonnen, Gelder im Ruhrgebiet zu beschlagnahmen, die den streitenden Beamten trotz des Streites als Gehalt ausgezahlt werden sollten. So haben sie kürzlich in der Distanzbank in Mainz 80 Millionen Mark beschlagnahmt, die für die streitenden Eisenbahner bestimmt waren. Verschiedene geringere Summen sind an anderen Orten beschlagnahmt worden.

Degoutte als Ruhr-König.

Das Unterkreisamt verlautet, Degoutte werde sich jetzt durch eine Verordnung als unumstößlicher Herrscher, als Souverän des Ruhrgebietes einzufen. Durch eine Verordnung werde er alle Befehle der Reichsregierung seit dem 1. Januar für ungültig erklären, mit der Wahrheit, daß auch alle weiteren Befehle ungültig seien, falls sie nicht seine Genehmigung hätten.

Die Eisenbahnbetriebslage an der Ruhr.

Über die Eisenbahnbetriebslage im besagten Ruhrgebiet, wie sie sich am 10. b. M. gestaltet hat, wird gemeldet: Der Bahnhof Schwarzenbach ist immer noch von den Franzosen besetzt. Dem deutschen Personal wird der Auftrag verweigert. Die Betriebslage ist außerordentlich schwierig. Personaleinsätze werden von den Kontrollstellen festgehalten. Bei den Überfällen auf die Bahnhöfe Wanne und Herne raubten die Franzosen 450 Kilo Roben von Bahnhof Wanne und 150 Wagen vom Bahnhof Herne, die sie nach Wettinhausen bringen woll-

ten. Hierbei traf der Zug auf einen Militärrang. Unheiliger Sachschaden ist nicht entstanden. Das Anliegen an die Hauptverwaltung Wettinhausen, die Aufleistung vorgunstig, wurde von dieser abgelehnt. Auf der Strecke Kettwig-Düsseldorf wird von den Franzosen ein verminderter fahrplanmäßiger Personenverkehr durchgeführt. Soldaten, insbesondere Arbeiter, wird die Benutzung erlaubt. Doch ist die Verbesserung wiederholt auf die Gefahr der Benutzung dieser Fahrgelegenheit hingewiesen worden, worauf die Franzosen versuchen, die Reisenden zur Benutzung der Bahn durch Gewährung von Freifahrtchein anzuhalten, allerdings mit sehr zwecklosem Erfolg. Stolzengänge werden auf der militarisierter Strecke hin und her gefahren, um den Anschein zu erwecken, daß Stolzengänge abbefordert würden. Sie auf den militarisierter Strecken beschäftigten Franzosen aber sind wenig zufrieden mit ihrem Dienst. Viele sind innerhalb weniger Stunden aus dem Ruhrgebiet wieder abgefördert worden.

Wieder Zugverkehr mit Essen.

Der direkte Eisenbahnverkehr zwischen Essen und dem unbesetzten Deutschland ist seit Sonntag abend 10 Uhr von den Franzosen wieder freigegeben worden. Die als Sanktion erfolgte Sperrung über den Bahnhof Schornhöft wurde aufgehoben; die deutschen Eisenbahner dürfen die von den Franzosen aufgerissenen Gleise wiederherstellen.

Ein Monat Ruhrbesetzung.

Geltzeit des größten Rechtsbruches des Gesichts.

11. Januar: Besetzung von Essen.
12. Januar: Protestkundgebung der Reichsregierung und des Reichstages.
13. Januar: Besetzung von Bochum und Gelsenkirchen.
14. Januar: Das erste Todesopfer der Bevölkerung Birne-Bochum. Besetzung Bochums.
20. Januar: Verhaftung von Otto Höfken und vier anderen Reichstagsabgeordneten sowie verschiedenen Regierungsbürokraten.
24. Januar: Verurteilung von Höfken und Benoß zu hohen Geldstrafen, Präfekt Krafft und Dr. Schlüter zu Gefängnisstrafen (mit Strafausschluß).
30. Januar: Verhängung des Belagerungsstandes durch die Franzosen. Zahlreiche Verhaftungen. Eisenbahnerstreik.

1. Februar: Unlade der Stolzengänge um das Einbruchsgebiet.
2. Februar: Blutbäder in Essen und Bochum. Auflösung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz.
3. Februar: Bombardierung in Wuppertal.
4. Februar: Französischer Einbruch in Baden (Offenburg, Alpenmeyer); Reichstagsabgeordneter Cuno und die Minister Hermann und Seering im Ruhrgebiet.
7. Februar: Besetzung von Venne, Wermelskirchen, Altena-Witten usw.; Beschlagnahme von Lebensmitteln.

8. Februar: Massenverhaftungen von Polizeibeamten, Ausweisung von Sold- und Postbeamten.
11. Februar: Einreiseverbot gegen deutsche Minister, Auflösung und Verhaftung von Reichstagsabgeordneten.

12. Februar: Ausfuhrsperrre für Erzeugnisse der Ruhrindustrie, Auflösung des Oberpräsidenten Hanns aus Wiesbaden.

Ministerkreis ins Ruhrgebiet.

Die französische Note, mit der den deutschen Ministerstern die Einreise in das Ruhrgebiet untersagt wird, wird von der deutschen Regierung beantwortet werden. Schon jetzt kann gesagt werden, daß das Einreiseverbot weder deutsche noch preußische Minister hindern kann, Handlungen auf deutschem Gebiet vorzunehmen. Die Minister werden sich also um diese Zeitung der französischen und belgischen Regierung nicht kümmern und sich nicht abhalten lassen, auch unrichtig in das widerrechtlich besetzte Gebiet zu reisen.

Der Reichspräsident in Karlsruhe.

Der Reichspräsident Wurst sowie die Staatsminister Deier und Dr. Widder sind in Begleitung des Ministerialdirektors Weißner und des badischen Staatsanwalts in Berlin. Die Besetzung vorzeitig mit dem fahrplanmäßigen Zug um 9 Uhr ab 10 Uhr. In Karlsruhe eingetroffen und am Bahnhof von dem Reichspräsidenten Hammel, dem Oberstaatsanwalt Württemberg und Vertretern der Behörden empfangen worden. Am Laufe des Mittwochabends fand eine eingeschlossene Zusammenkunft des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers mit dem badischen Staatsminister und dem Ministerium über die politische Lage statt. Einzelheiten davon werden dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler durch die betreffenden Minister mitgeteilt. Der Reichspräsident und die Reichskanzler werden mit Beweisern auf dem belasteten Gebiete zusammenkommen.

Genesig verteidigt Frankreich.

Einem Beurtheil des "Münchner Guardian" entfießt zu höchstinteressante Kolummehitze. Genesig auf die Frage, ob das Reparationsproblem auf einem anderen Wege hätte gelöst werden können, als dem, den Frankreich jetzt beobachtet, so wolle die Politik der alliierten Staaten nicht verzweigen, aber es müsse doch sagen, daß es ein großes Unglück war, daß alle alliierten Nationen nicht eine gemeinsame und konstante Kritik in der Reparationsfrage einholten könnten. Genesig schreibt noch, was die Frage der Wiederaufbau durch Deutschland weit mehr eine psychologische als eine materielle sei. Bei der Friedenskonferenz habe man keine Absicht gehabt von dem, was Deutschland leisten kann. Frankreich sollte man aus der Erfüllung des Rückebuges keinen so großen Vorwurf machen. Materielle und psychologische Gründe und vieles andere hätten zusammengetragen, so daß es nicht mehr zurückkönnte. Man sollte am besten die Reparationsfrage und ihre Methoden umstürzen. Man sollte nicht mehr über die Summen beschließen, sondern nur über den Wiederaufbau Nordfrankreichs. Mit dieser Rücksichtlichkeit seien alle, einschließlich Deutschlands, einverstanden. Alle anderen Fragen müßten vorläufig ausgeschaltet werden. Der Wiederaufbau Frankreich sei die europäische Frage. Wäre es garantiert, dann wäre es leicht, über die übrigen Fragen weiter zu reden. Wenn Deutschland das Vertrauen der Welt wieder gewinnen will, so würde es nicht damit beginnen, zu sagen, wie können nicht gehen, sondern müßte einen konkreten Plan vorlegen, wie es sich die Lösung der Frage des Wiederaufbaus Nordfrankreichs denkt. Zu der weiteren Frage, ob eine Vermittlung durch einen dritten Staat möglich wäre, erklärte Genesig, daß es dazu schon zu spät wäre. Die deutsche Regierung werde vielleicht gedenkt sein, den direkten Weg zu Frankreich zu finden. Es wäre vielleicht eine Vermittlung durch England und Amerika möglich. Wenn diese beiden Staaten einen Milliardenkredit flüssig machen könnten, dann könnte jedes französische Ministerium die Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückberufen, denn er glaube nicht, daß Frankreich Deutschland zerstören wollen und aus dieser Zerrüttung Vorteil ziehen könne.

Ein Deutschenhasser vor Gericht.

15 Millionen Goldstrafe für Beleidigung des deutschen Volkes.

„Die Deutschen sind die größten Schwinehunde.“ Mit diesen Worten drängte sich am 28. Januar ein Mann in die Menschenmenge, die vor der Filiale einer Berliner Zeitung stand und die Telegramme aus dem Ruhrgebiet las. Diese und ähnliche Neuerungen des Hinzutretenden ließen eine ungeheure Erregung im Publikum aus. Fast hundert Menschen legten dem Fremden, der sofort die Flucht ergriff, nach. Zwei Männer retteten ihn in die nächste Polizeiwache, wo er in Schutzhaft genommen wurde. Der Verhaftete wurde als der Ingenieur Egon Reimann festgestellt, der tschechoslowakischer Staatsangehöriger ist. Reimann wurde in Haft behalten und hatte sich jetzt wegen der schweren Beleidigungen des deutschen Volkes vor dem Schöffenrichter Berlin-Schöneberg zu verantworten. Der Angeklagte behauptete geisteskrank zu sein und für Deutschland die größten Sympathien zu haben. Der Vorsitzende Urtagsgerichtsrat Dr. David erklärte, das Gericht glaubte, daß er geistig nicht zurechnungsfähig sei, denn ein vernünftiger Mensch würde wohl kaum das deutsche Volk in seiner schwersten Not derartig beleidigt haben. „Sie können von Glück sagen“ meinte der Vorsitzende, „daß dieser Zwischenfall sich in Berlin abgespielt hat. Wenn Sie es jetzt gewagt hätten, auf einem Pariser Boulevard der dortigen Bevölkerung das ins Gesicht zu sagen, was

Sie hier bewußten glaubten wissen zu können, so hätten Sie unbedenklich in Strafe gerichtet werden.“

Das Gericht nahm auf die teilweise Einverständigkeit des Angeklagten Rücksicht. Doch so, so führte das Urteil aus, daß eines so formellen Beileidigung des Bevölkerungsstandes durch die höchste Gewalt nicht angebracht. Anzulegen lautete die Strafe auf zwei Monate Gefängnis. Mit Rücksicht auf die bis dahin bestehende Strafaussetzung wurde ihm aber eine dreijährige Strafaussetzung zugestanden, und es wurde ihm Haftentlassung ausgesetzt, wenn er eine Geldbuße von 15 Millionen Mark binnen zwey Wochen zu zahlen bereit sei. Reimann erklärte sich damit einverstanden, und der Verteidiger verpflichtete sich, die dem Angeklagten bei der Verabsiedlung abgenommenen 400 Dollars und mehreren tausend tschechischen Kronen des Reichsbank zur Gläubigermachung der Haftentlassung zur Verfügung zu stellen. Reimann wird dem Polizeipräsidium überwiesen, damit man sich über seine Aussetzung schriftlich werden kann.

Mitteleuropäische Meldungen.

Stimmengleichheit aus dem Reichstag. Die wichtigste Vorlage, die der Reichstag alsbald nach seinem Zusammentritt nach der kurzen Pause vorstand, ist das Notgeley, das der Regierung neue Mittel in die Hand geben soll, um den Unsprüchen gerecht zu werden, die durch den äußeren Druck an sie gestellt werden. Dieser Gesetzentwurf wurde in der Montagssitzung in Vertretung des mit dem Reichspräsidenten nach Baden gereisen Reichsministers des Innern von dem Reichswirtschaftsminister Dr. Beder mit einer kurzen Begründung eingebracht und von dem Hause nach einer ebenfalls nicht sehr ausgedehnten Debatte der Ausschusshörerung überantwortet. Eine Reihe weiterer Vorlagen wurde ebenfalls den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Erneute Aufenthaltsverweigerung für alliierte Kriegsschiffe vor Smyrna. Die Vage in Smyrna scheint sich wieder ernster zu gestalten. Bei der französischen Regierung ist die Nachricht eingelaufen, daß die Türkei im Verlaufe des Sonnabends die alliierten Kriegsschiffe erneut aufgefordert habe, den Hafen von Smyrna zu verlassen, obwohl erst am Sonnabend früh eine Verlängerung der Aufenthaltszeit von drei Tagen gewahrt worden war, nach dessen Ablauf sie sich ihre Handlungsfreiheit vorbehalten hatte. Die Nachricht wurde von der französischen Regierung sofort an die englische Regierung weitergegeben. Die Alliierten scheinen nach wie vor entschlossen zu sein, auf ein türkisches Eingreifen mit den englischen militärischen Maßnahmen zu antworten. In Angora herrschte grohe Erregung. Ismet Pascha, der heute in Konstantinopel eintreffen sollte, ist infolge der Behinderung des Verkehrs durch Schneestürme in Bukarest zurückgehalten worden.

Fortsetzung der irischen Aufstände. Im Anschluß an die Niedrigstellung der irischen Republikaner, daß die Friedensvorschläge der Freistaatregierung nicht in Erwägung gezogen werden könnten, erging vom Stabschef der Aufständischen an die Offiziere und Mannschaften der republikanischen Armee eine im schroffen Tone abgesetzte Proklamation, in der es heißt, der Krieg werde fortgelebt, bis die Unabhängigkeit Irlands anerkannt werden könne. Das Heer der Aufständischen wird aufgefordert, seine Tätigkeit energisch fortzuführen und sich nicht um die Ränke der Gegner und die niedrigen Methoden, mit denen er die Moral des Heeres brechen will, zu kümmern. Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Proklamation erfolgte ein Angriff auf eine Druckerei in Dublin, in der das Amnestie-Angebot der Freistaatregierung gedruckt wurde. Die Druckerei wurde in die Luft gesprengt.

Zur Neubildung der sächsischen Regierung.

Das Sprichwort sagt zwar: Gebranntes Kind scheut das Feuer. Die sächsischen Sozialisten, die sich an dem kommunistischen Experiment schon zweimal die Finger verbrannt

haben, meinen dadurch jedoch noch nicht abschreckend zu sein. Denigitions muß man dies aus der Erfahrung lernen, daß auf ihrem Bandesparteitag, der am Sonntag statt fand, die kleine Regierung für die Bildung der großen Koalition zustimmen sollte, sollen auch vereinzte Verhandlungen mit den Kommunisten ohne Erfolg geblieben sein. Unter diesen Umständen wird den Demokraten nichts anderes übrig bleiben, als bei der Wahl des Ministerpräsidenten weite Stütze abzugeben. Ummerhin scheint die Möglichkeit der kleinen Koalition noch nicht ganz geschwunden zu sein. Eine Regierung, die darauf aufbaut, würde sich allerdings in einer parlamentarisch recht heftigen Sache befinden. Denn es ständen 48 gegen 48 Stimmen. Bei dieser Stimmengleichheit würde allerdings jeder, etwa von der Opposition eingebrachte Widerauflösung der Abstimmung verfallen und die Regierungsparteien müßten sich hüten, ein Vertrauensvotum zu beantragen. Die Regierung befindet sich also in einer keineswegs beneidenswerten Lage. So würde denn auch die Teilnahme der Demokraten an einer kleinen Koalition ein Opfer bedeuten, das lie nur im Interesse des Landes bringen könnten, um endlich dem unhalbaren Zustande ein Ende zu machen. Der Gedanke einer Arbeitgemeinschaft zwischen Sozialdemokraten und Demokraten findet bei den letzteren keine Gegenliebe.

Von Stadt und Land.

Wien, 18. Februar.

Gastnacht.

Gastnacht! Schön Pfannkuchenfest! — Das war doch wirklich eine Zeit, als die Menschen zur Gastnacht Pfannkuchen bauten und die Kinder in vielfältiger Einbildung sangen:

„Hier red ich mein Spiel“

„Übern Heren bin Tisch...“, bis „der gute“

„Woh“ sich nicht wollte lumpen lassen und ein paar dieser reichlich genug vorhandenen Pfannkuchen verteilt.

Und wer kann heute sich solchen Luxus leisten? Woher bloß das schwimmende Fett bekommt? Margarine ist sich ja gewöhnlich in der Pfanne zu etwas geldigem Schaum und viel Wasserdampf auf... Mit diesem sich verflüchtigenden Dampf aber verflüchtigt sich auch ein gut Teil ehemaliger handgreiflicher Gastnachtromantik. Denn ehe eine Mutter die Pfannkuchen dem qualvollen Tode des Unbrennens auf dem angepeckten Boden der Pfanne aussetzt, ob sie das tut, läßt sie lieber die Finger ganz davon und macht gar keinen Teig erst an.

Ein Spaß ist uns geblieben: das Sich-an-führen. Dazu brauchs weder Fett noch Öl, noch Margarine, noch Zucker, noch Mehl oder sonst etwas, nur Humor. Aber freilich kommen sich heute die meisten Menschen derartig häbisch an, geführt vor und das tagtäglich, ohne daß sie auf Gastnacht erst zu warten brauchten, daß sie sich kaum noch besonders vixieren werden. Sie haben die Verabredet überholt und kommen sich vor, als wär die ganze Zeit nur eine einzige Gastnacht ohne Pfannkuchen, weil sie immer wieder von allen Seiten angelogen und angeküßt worden sind. Da sollte Frieden werden — und ist Frieden geblieben, da sollte man wieder ruhig dahemtligen dürfen — aber niemals kann man wissen, ob man nicht plötzlich ohne Strom, ohne Gas und Wasser sitzt, wegen eines Sympathie- oder Antipathiestreits, da sollte freie Bahn dem Tüchtigen werden — aber Schieder und Schnüffels liegen oben an..., eine Verabredet, wie sie nicht schlimmer gedacht werden kann, sobald wir schon ganz drehend im Kopf geworden sind.

Die Weltgesichte ist das Weltgericht, oder: mundus vult decipi, decipitur. Haben wir wirklich so angeführt zu sein gewünscht und haben wirs verdient? Ohne Pfannkuchen immer nur angeführt sein?

Für die Opfer der Franzosenhabsler.

Ein Aufruhr des Deutschen Roten Kreuzes.

Der Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet hat Hunderte pflichtgetreuer Beamter, Untergestellter und

Michael Kohlhaas.

Eine Erzählung von Heinrich von Kleist.

(8. Fortsetzung.)

Am andern Morgen erschien Luther ein Sendschreiben an den Kurfürsten von Sachsen, worin er, nach einem bitteren Seitenblick auf die seine Person umgebenden Herren Hinz und Kunz, Kämmerer und Mundschenk von Tonna, welche die Klage, wie allgemein bekannt war, unterschlagen hatten, dem Herrn mit der Freimüdigkeit, die ihm eigen war, eröffnete, daß bei so ärgerlichen Umständen nichts anderes zu tun übrig sei, als den Vorschlag des Stoffhändlers anzunehmen und ihm den Vorgaffalen wegen zur Erneuerung seines Projektes Amnestie zu erteilen. Die öffentliche Meinung, bemerkte er, sei auf eine höchst gefährliche Weise auf dieses Mannes Seite, dargestellt, daß selbst in dem deßmal von ihm eingedachten Wittenberg eine Stimme zu seinem Vorteil spräche; und da er sein Vnerbieten, falls er damit abgewiesen werden sollte, unfehlbar unter gehässigen Bewerfungen zur Wissenschaft des Volkes bringen würde, so könne dasselbe leicht in dem Grade verführen werden, daß mit der Staatsgewalt gar nichts mehr gegen ihn auszurichten sei. Er schloß, daß man in diesem außerordentlichen Fall über die Bedenlichkeit, mit einem Staatsbürger, der die Waffen ergriffen, in Unterhandlung zu treten, hinweggehen müsse; daß derselbe in der Tat durch das Verfahren, daß man gegen ihn beobachtet, auf gewisse Weise außer der Staatsverbindung gefestigt sei; und fürg, daß man ihn, um aus dem Hanfel zu kommen, mehr als eine Stunde, in das Land gefallene Macht, wozu er sich auch, da er ein Flüchtling sei, gewissermaßen qualifizierte, als einen Rebellen, der sich gegen den Thron auflehne, betrachten müsse.

Der Kurfürst erhielt diesen Brief eben, als der Prinz von Weissenburg, Generalstabschef des Reichs, Domäne bei Mödlich geschlagenen und an seinen Kunden nach Sanierungsbedürfnis bringen Friedens von Weissenburg, der Grapenkunst des Kämmerers, Graf Weissenburg,

Graf Kallheim, Präsident der Staatskanzlei, und die beiden Herren Hinz und Kunz von Tonna, dieser Kämmerer, jener Mundschenk, die Jugendfreunde und Vertrauten des Herrn, in dem Schloss gegenwärtig waren. Der Kämmerer, Herr Kunz, der in der Qualität eines Geheimrats des Herrn geheimer Korrespondent mit der Besugnis, sich seines Namens und Wappens zu bedienen, befürte, nahm zuerst das Wort, und nachdem er noch einmal weitläufig auseinandergelegt hatte, daß er die Klage, die der Stoffhändler gegen den Junker, seinen Verter bei dem Tribunal eingesetzt, nimmermehr durch eine eigenmächtige Verfügung niedergeschlagen haben würde, wenn er sie nicht, durch falsche Angaben verfälscht, für eine völlig grundlose und nichtnützige Plauderei gehalten hätte, kam er auf die gegenwärtige Vage der Dinge. Er bemerkte, daß weder nach göttlichen noch menschlichen Gesetzen der Stoffmann um dieses Wittertis willen besiegelt gewesen wäre, eine so sichtbare Geldstrafe, als er sich erlaubt auszuwidern; schilderte den Glanz, der durch eine Verhandlung mit demselben, als einer rechtlichen Kriegsgewalt, auf sein kostverdammtes Haupt falle, und die Schmach, die dadurch auf die gehässigte Person des Kurfürsten zursichtspringe. Ichien ihm so unerträglich, daß er, im Feuer der Veredsamkeit, lieber das Neuerste erledigt, den Stoffhändlern des räuberischen Rebellen erfüllt und den Junker, seinen Verter, zur Missbildung der Wappen nach Stoffhausschule abgeschickt sei, als den Vorschlag, den der Doctor Luther gemacht, angenommen wissen wollte. Der Großkanzler des Tribunals, Graf Weissenburg, dagegen, halb zu ihm gewandt, sein Bedauern, daß eine so schiefe Vorgeschichte, als er der Auslösung dieser allerdinge mißlichen Sachen für den Stoffen des Herrn sei, ihn nicht bei der ersten Verhandlung derselben erfüllt hätte. Er stellte dem Kurfürsten sein Bedenken vor, die Staatsgewalt zur Durchsetzung einer offenbar unrechtmäßigen Maßregel in Anspruch zu nehmen; bemerkte, mit einem bedeutenden Hieb auf den Tisch, den der Stoffhändler fortbauernd im Vorderthore, daß bei Jährling der Gewaltstaaten sich auf diese Weise in ilienliche Fazettierungen bröde, und

erklärte, daß nur ein schlichtes Rechtthun, indem man unmittelbar und rücksichtlos den Gehirntritt, den man sich zuwöhren kommen läßt, wieder gutmache, ihn absetzen und die Regierung glücklich aus diesem häblichen Handel herauszuladen könne. Der Prinz von Weissenburg, auf die Frage des Herrn, was er davon halte, dagehrte, mit Verehrung gegen den Großkanzler gewandt: die Denfungskart, die er an den Tag lege, erfülle Wot zwar mit dem größten Respekt; indem er aber dem Stoffhändler zu seinem Recht verhelfen wolle, bediente er nicht, daß er Wittberg und Leipzig und das ganze durch ihn inthandels Land in seinem gerechten Anspruch auf Schadenerfolg oder wenigstens Bestrafung beeinträchtige. Die Ordnung des Staats sei in Besiedlung auf diesen Mann so verrückt, daß man sie schwerlich durch einen Grundsatz, aus der Wissenschaft des Rechts entlehnt, werde eintreten können. Daher stimme er noch der Wiedernutzung des Kämmerers dafür, das Mittel, das für solche Fälle eingesetzt sei, ins Spiel zu ziehen: einen Kriegshaufen von hinzuschickender Größe zusammenzuraffen und den Stoffhändler, der in Süßen aufgepflanzt sei, damit aufzuhoben oder zu erdrücken. Der Kämmerer, indem er für ihn und den Kurfürsten Städte vor des Wand nahm und auf eine verbindliche Weise ins Binnum segte, sagte: er freue sich, daß ein Mann von seiner Weisheit, Erfahrung und Einsicht mit ihm in dem Weitzen, die Sachen zweideutiger Art beurteilen, überzeugen, übersinnliche.

reicht zu fehlenden, daß sie sich nicht fand, sie werden gesetzlich gezwungen, ihnen zu folgen. Die Unterdrückung dieser um ihres Rechtes und Handelns willen Unterdrückten und die Sorge für sie muß jetzt Aufgabe des ganzen deutschen Volkes sein. Die amtliche Fürsorge für die Unterdrückten liegt in den Händen des Deutschen Roten Kreuzes, das jedoch dafür der Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung bedarf. Das Deutsche Rote Kreuz bittet darum dringend alle in Stadt und Land, die helfen können, sich umgehend bei dem Sächsischen Roten Kreuz, Abteilung Flüchtlingsfürsorge, Dresden-N., Karlsstraße 18, oder bei den fast in allen Städten bestehenden Zweigvereinen vom Roten Kreuz zu melden.

* * *

Die Organisation des sächsischen Polizei. Bei den Beratungen des Haushaltsausschusses des Reichstages über die Polizeiverwaltung wurde von dem Abg. Brünninghaus (D. P.) und Schreiber (S.) über die mangelhafte Ausbildung und das völlige Versagen der Polizei gelegentlich der Unruhen nach der Ermordung des Ministers Rathenau sowie die einseitige politische Einstellung der Polizeibeamten, besonders der bereits im vorigen Jahre vom Reichstage beantragten Polizeikommissare, klage geführt. Nach längeren Auseinandisungen wurde eine Entschließung Brünninghaus angenommen, die Reichsregierung möge eine Untersuchung darüber anstellen, ob die sächsische Landespolizei noch nach denjenigen Gesichtspunkten organisiert ist und verwaltet wird, die seitens der Reichsregierung und Landesregierungen vereinbart worden sind.

Reine Übersicht über Sachsen. Im sächsischen Steinkohlengebiet, wo am Freitag eine Urabstimmung unter den Bergleuten über das Verfahren einer Überstunde zum Ausgleich des Ausfalls der Ruhrkohle stattfinden sollte, hat man auf Anraten der Betriebsräte von dieser Abstimmung abgesehen, weil sie doch aussichtslos sei. — Damit bleiben die sächsischen Bergleute die einzigen in ganz Deutschland, die abermals Überstunden ablehnen, auch angesichts der erneuten Bedrückung und Not des Vaterlandes. Es zeigt sich auch hier wieder, wie bei den letzten wilden Streiks, daß die Sozialisten den Unionisten und Kommunisten gegenüberlich nicht durchsetzen können. Wenn nun infolge Mangels an Kohle demnächst Fabriken stillgelegt werden müssen, dann sind natürlich nur die „Kapitalisten“ und Unternehmer daran schuld! Wo aber bleibt, so muß man sich fragen, der Einsturz der sozialistischen Arbeitserregung? Überall in ganz Deutschland werden bereits Überstunden verfahren, nur ausgerechnet im bisher sozialistisch regierten Ministerstaat Sachsen nicht, dessen Regierung doch gerade ihre Existenzberechtigung durch die Behauptung zu begründen versucht, nur eine sozialistische Arbeitserregung habe in Sachsen Einfluß auf die Masse der Bevölkerung.

Noch ein deutscher Kriegsgefangener in Frankreich. Die Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener teilt mit, daß der unlängst freigegebene Otto Reuter nicht der legitime Kriegsgefangene ist sondern noch ein Merseburger, Otto Hoppe, der im März 1918 in französische Gefangenschaft geriet, in Frankreich festgehalten wird. Die Kriegsgefangenen-Vereinigung in Merseburg hat sich um Freilassung an das Berliner Auswärtige Amt gewandt.

Pakete nach dem besetzten Gebiet. Wegen Störung des Eisenbahnverkehrs werden Postpakete nach dem besetzten linksrheinischen Gebiet vorläufig nicht angenommen. Ausgenommen von der Sperr sind Lebensmittel-pakete und Pakete nach Köln und Vororten, nach Brühl (Bez. Köln), Bonn, Godesberg, Udenbach, Koblenz sowie für die Strecke Köln—Aachen bis Buer (Bez. Köln) einschließlich. Nach Orten des Oberpostdirektionsbezirks Aachen und nach dem besetzten Teil des Oberpostdirektionsbezirks Darmstadt werden ebenfalls Lebensmittel-pakete angenommen.

Weitere Einstellungen von Jürgen in Aussicht. Zur Rationalisierung der Kohlenvorräte der Reichsbahndbahn werden, wie uns mitgeteilt wird, voraussichtlich in nächster Zeit wei-

Gedenkt der Kinder-Bewilligung! Es geht um Deutschlands Zukunft, bespaßt mich jeder kleinen.

Spenden nimmt unsere Geschäfts- stelle entgegen.

Gifts Quittung.

Weiter sind eingegangen:

Berendiges Kaufhaus Görlitz	475,-	BR.
Stadtsparkasse, gen. d. Oberbörse	4000,-	
Wilsdorf Unger	6000,-	
	18755,-	BR.
1. bis 10. Quittung	1184085,-	BR.
	1197780,-	BR.

tere Veränderungen im Fahrplan eintreten. Auf Nebenbahnen werden zur Kohlensparnis gemischte Personen- und Güterzüge gefahren. Die Reichsbahn hat zurzeit für etwa zwei Monate Kohlenvorräte. Sie ergibt hauptsächlich aus den Vorräten der eingeschafften englischen Kohle.

Milchpreissteigerung. Nach kurzer Geltungsdauer der jetzigen Milchhöchstpreise ist am 12. d. M. eine neue Milchpreiserhöhung eingetreten. Sie entspricht nur dem sprunghaften Sinken der Kaufkraft des Geldes im Innlandeverkehr, wie es im Lebenshaltungs- und Großhandelsindex seinen zahlenmäßigen Ausdruck findet. Eine Angleichung der Milchpreise an den Goldwertstand ist für die Aufrechterhaltung der Milchversorgung unserer Großstädte und Industriestädte jedoch unbedingt erforderlich. Andernfalls wäre nicht zu vermeiden, daß die Kuhhalter die für das Milchvieh bestimmten Buttermittel und schließlich das Milchvieh selbst verkaufen und daß immer mehr Milch und Butter an Stelle anderer teurer Nahrungsmittel auf dem Lande verbraucht werden. In anderen Teilen Deutschlands, in denen sich im freien Markt der Milch- und Butterpreis nach dem vom Goldwertstand abhängigen Preise für Schmalz und Margarine richtet, wie in der Provinz Sachsen, war der Milchpreis schon in der vergangenen Woche um ein Viertel bis über die Hälfte höher als im Freistaat Sachsen und wird in der kommenden Woche noch weiter steigen. Dieser ungerechtfertigten Preisbildung für ein Innlandserzeugnis wie Milch wird durch die Festlegung angemessener Höchstpreise in Sachsen wirksam entgegengestellt.

Der Goldauftankpreis. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 12. zum 18. Februar zum Preise von 140000 Mark für ein 20-Mark-Stück und 70000 Mark für ein 10-Mark-Stück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen erfolgt bis auf weiteres zum 2900fachen des Nennwertes.

Zahlt bargeldlos, verlangt Großscheck. Der abgrundtiefe Wertsturz der deutschen Mark, der sich im inneren Verkehr erst allmählich voll geltend machen wird, bringt mit Sicherheit wieder einen ganz stark fühlbaren Mangel an Zahlungsmitteln mit sich. Es wird daher von allen maßgebenden Stellen erneut darauf hingewiesen, wie wichtig und zugleich im wirtschaftlichen Interesse des Reiches es ist, daß möglichst jeder Betrieb, ja jede Haushaltung in tunlichst großem Umfang sich der bargeldlosen Zahlung auf dem Wege des Giroverkehrs bedient. Dieser Weg, konsequent begangen, würde einen großen Teil der sonst erforderlichen Bargeldmittel ersparen und damit für die deutsche Wirtschaft von größtem Vorteil sein.

Der städtische Jugendpflegeausschuß, der sich die Aufgabe gestellt hat, die in der Jugendpflege treibenden Vereinigungen zusammenzufassen und durch gemeinsame Veranstaltungen auch innerlich zusammenzuführen, veranstaltete am vergangenen Sonnabend seinen ersten gemeinsamen Unterhaltungsabend.

des Stoffhändlers bevollmächtigen, dessen Sache jene bekannt, sehr gerecht sei, und dem man das Schwert, das er führe, selbst in die Hand gegeben. Der Kurfürst, den der Junker bei diesen Worten betroffen ansah, wandte sich, indem er über das ganze Gesicht rot ward, und trat ans Fenster. Der Graf Hallermann, nach einer verlegenen Pause von allen Seiten, sagte, daß man auf diese Weise aus dem Haubertkreis, in dem man befangen, nicht herauskomme. Wett demselben Rechte Wonne seinem Meister, dem Prinzen Friedrich, der Prozeß gemacht werden; denn auch er hätte auf dem Streitzug sonderbarer Art, den er gegen den Kohlhaas unternommen, seine Struktur auf mancherlei Weise überschritten; dergestalt, daß, wenn man nach der weitläufigen Schar derjenigen frage, die die Verlegenheit, in welcher man sich befindet, veranlaßt, er gleichfalls unter die Fasch derselben würde benannt und von dem Danckeschen wegen dessen, was bei Wohlberg vorgefallen, zur Weichenhaft gesogen werden müßten. Der Wundschenk, Herr Hins von Tonna, während des Kurfürst mit ungewöhnlichen Bildern an seinen Thron trat, nahm das Wort und sagte, er begriffe nicht, wie der Staatsbeschluß, der zu fassen sei, Männer von solcher Weisheit, als hier versammelt wären, entgehen könne. Der Stoffhändler habe seines Wissens gegen bloß freies Geleit nach Dresden und erneute Untersuchung seiner Sache versprochen, den Haufen, mit dem er in das Land geflossen, auseinanderzugehen zu lassen. Daraus aber folgt nicht, daß man ihm wegen dieser feststellbaren Schadstrafe Umstände erstellen müßte: zwei Wachschläge, die der Doktor Gutten sowohl als auch der Staatsrat zu verzeichnen scheine. „Wenn,“ fuhr er fort, indem er den Finger an die Stelle legte, „bei dem Tribunal zu Dresden, gleichviel, wie, das Erkenntnis der Stoffen wegen gefallen ist, so hindert nichts, den Stoffhändler auf den Grund seiner Worbrennereien und Wäudereien einzustufen: eine staatliche Beweisung, die die Verteile der Einsichten beider Staatsmänner vereinigt und des Befalls der Welt und Nachwelt gewagt ist.“ — Der Kurfürst, der Prinz, der der Prinz sowohl als der Stoffhändler beim Wundschenk, Herrn Hins, auf diese Weise mit einem Al-

terschilden wurden, den von den Jugendlichen hervorgeholt. An dem schönen Gefühl der ersten Jugendlichen entschiedlich eine Wettbewerbs-, die von den Jugendlichen einigungen aller Richtungen betrieben wurde. Kinder- und Jugendvereine, Turner- und Sportvereine, Jugendkunstspiel und Regatta- und Regatten wechselten in bunten Weisenfolgen ab. Die zahlreich erschienenen Jugendlichen sangen nicht mit ihrem Beifall. Auch die vom Jugendpflegeausschuß eröffneten Damen und Herren duellierten sich in lebehaftem Stil und Heiterkeit über das Dergobetone. Mit diesem ersten Verschluß einer gemeinsamen Jugendpflege ist der Beweis erbracht worden, daß dieses Gebiet eine sehr dankbare Aufgabe bildet. Der städtische Jugendpflegeausschuß will nun weiter arbeiten, indem er gemeinsame Bildungsvereinigungen, Experimentalkomitees, Wanderungen usw. veranstaltet. Daburch soll erreicht werden, daß die von den einzelnen Jugendvereinigungen schon der hohen Kosten wegen nicht zu ermöglichen Bildenden Veranstaltungen auf die städtischen Jugendpflege übernommen wird.

Winterpause im Jugendblatt. In den obersten Tagen des Erzgebirges ist die Schneeläge noch äußerst gering. Von der Station „Wiesenstraße“ ab kann man ein „Tannenhangende Schneeläge“ feststellen, die den Gebiet zwischen und Reußberges bis zu 1½ Meter hoch bedeckt. Der Schnee ist sehr stark verdichtet. Am Sonnabend abend steht direkt daneben ein, die, mit verschneiter Fichte verbunden, große Raubwildverbildungen erzeugt, die den Naturraum voll auf seine Stoffen kommen lassen. Die Höhe am Sonnabend und Sonntag drohten zahlreiche Winterportier auf den Stamm des Gediges. Hauptstädtlich waren es Mitglieder der verschiedenen Skiclubs. So herrschte in der Chemnitzer und Leipzig'schen Skiclubs, aber auch im Chemnitzer Wanderheim an der Wiesenstraße Hochbetrieb. Die großen Gasträume dürfen aber kaum ganz auf ihre Rechnung gekommen sein, da der verdornte Schneelauf nicht für jeden Durchschnittswinterportier angenehm wirkt. Anstrengend ist das Jahren auf dem verschneiten Gipfel, und mancher Sturz muß in Raum genommen werden.

Der König-Albert-Zurm und das Unterkunftsheim Spiegelwald. Das dem Erzgebirgsbauverein gehörte, ist von diesem für den Preis von 50000 Mark an die beiden Zweigvereine Beiersfeld und Spiegelwald (Gräfenhain und Bernsdorf) abgetreten.

Oberwiesenthal. Mit einer Schönlinie im Schulhaus dürfte Oberwiesenthal wohl an erster Stelle aller sächsischen Volksschulen stehen. Die Klinik ist mit Anfang dieses Jahres eingerichtet worden und hat sich bereits gut bewährt. Für jedes Kind ist ein Pauschalzoll zu entrichten, von dem Eltern, Gemeinde und Krankenkasse je einen Teil tragen.

Plauen I. W. Großer Einbruch die Stahl. In der Nacht zum Freitag sind Diebe in ein Kommissionsgeschäft an der Wiesenstraße eingedrungen und haben für etwa 10 Mill. Mark Waren gestohlen. Es fehlen u. a. gebrauchte Posten Sticker-Einfäße, Spulen und Stockanten auf Kambril (Handmaschinen- und Schiffs-Arbeit). Die Waren waren zur Herstellung von Wäsche bestimmt. Die Spülküchen sind mit Nachschlägen in die Geschäftsräume gelangt.

Meißenbach I. W. Der Gesamtmarkt hat für die Arbeitslosen und Notleidenden eine Summe von 8 Mill. Mark zur Verfügung gestellt. Für die Ruhrhilfe wurden aus Städten 100000 Mark bewilligt.

Freiberg. Sieben Millionen-Spende. Die von den Freiberger Bürgerschaften „Gild auf“, „Wartmannia“ und „Germania“ innerhalb der Bürgerschaft veranstaltete Sammlung für Ruhr und Rhein hat die Gesamtsumme von annähernd sieben Millionen Mark erbracht.

Neuer Plan der sächsischen Staatslotterie.

Höchstgewinn 15 Millionen. — Ein Zehntel-Dos. und 5. Klasse

5000 Mark!

Unter dem Druck der außergewöhnlichen wirtschaftlichen Verhältnisse ist für die im März d. J. auspielende 4. und 5. Klasse der sächsischen Staatslotterie gemäß § 8 der allgemeinen Bestimmungen ein neuer Plan aufgestellt worden. Danach wird der Lospreis für ein ganzes Dos. jeder Klasse auf 5000 Mark, für ein Zehntel-Dos also auf 500 Mark festgesetzt. Demgegenüber soll der Hauptgewinn der 5. Klasse 10 Millionen Mark, die Hauptpremiis 5 Millionen Mark betragen, so daß der höchste Gewinnbetrag im günstigsten Falle 15 Millionen ausmacht. Neben diesem Hauptgewinn von 10 Millionen Mark und der Hauptpremiis von 5 Millionen Mark verzögert der Plan noch fünf Prämien, jede im Betrage von einer Millionen Mark, die wie bisher jedem der fünf niedrigsten, am letztenziehungstage der 5. Klasse an erster Stelle gegogen Gewinne zugeschlagen werden. Von sonstigen groben Gewinnen sind in der 5. Klasse 500000 Mark zu 5000000 Mark, zwei Gewinne zu je 1000000 Mark, vier Gewinne zu je 500000 Mark, sechs Gewinne zu je 200000 Mark, zwanzig Gewinne zu je 150000 Mark, dreihundert Gewinne zu je 100000 Mark usw. Der niedrigste sogenannte Einstiegsgewinn beträgt 15000 Mark und deckt den Lospreis aller Klassen. Selbstverständlich hat auch die 4. Klasse ganz wesentlich günstigere Gewinnchancen aufzuweisen als im bisherigen Plane; hier finden wir einen Hauptgewinn von 2 Millionen Mark, einen weiteren von einer Millionen Mark, dann zwei zu je 500000 Mark, drei zu je 2500000 Mark, drei zu je 1000000 Mark, vier niedrigste Gewinn der 4. Klasse ist ebenfalls, wie in der 5. Klasse, auf 15000 Mark bemessen.

Rue.

Rindfleisch-Preise.

Auf Grund der von der Schlachthofverwaltung und den Betreibern der Fleischer mit der Preisprüfungstabelle vorgenommenen neuen Berechnungen und der Werte bis Ende wie folgt gezeigt werden: 1. W. Rindfleisch 100000 Mark — 100000 Mark (für Rindfleisch geringerer Qualität, bei einem Preis unter 100000 Mark), 1. W. 100000 Mark, 1. W. 400000 Mark, 1. W. 1000000 Mark, 1. W. 5000000 Mark, 1. W. 10000000 Mark, 1. W. 15000000 Mark, 1. W. 20000000 Mark, 1. W. 25000000 Mark, 1. W. 30000000 Mark, 1. W. 35000000 Mark, 1. W. 40000000 Mark, 1. W. 45000000 Mark, 1. W. 50000000 Mark, 1. W. 55000000 Mark, 1. W. 60000000 Mark, 1. W. 65000000 Mark, 1. W. 70000000 Mark, 1. W. 75000000 Mark, 1. W. 80000000 Mark, 1. W. 85000000 Mark, 1. W. 90000000 Mark, 1. W. 95000000 Mark, 1. W. 100000000 Mark, 1. W. 105000000 Mark, 1. W. 110000000 Mark, 1. W. 115000000 Mark, 1. W. 120000000 Mark, 1. W. 125000000 Mark, 1. W. 130000000 Mark, 1. W. 135000000 Mark, 1. W. 140000000 Mark, 1. W. 145000000 Mark, 1. W. 150000000 Mark, 1. W. 155000000 Mark, 1. W. 160000000 Mark, 1. W. 165000000 Mark, 1. W. 170000000 Mark, 1. W. 175000000 Mark, 1. W. 180000000 Mark, 1. W. 185000000 Mark, 1. W. 190000000 Mark, 1. W. 195000000 Mark, 1. W. 200000000 Mark, 1. W. 205000000 Mark, 1. W. 210000000 Mark, 1. W. 215000000 Mark, 1. W. 220000000 Mark, 1. W. 225000000 Mark, 1. W. 230000000 Mark, 1. W. 235000000 Mark, 1. W. 240000000 Mark, 1. W. 245000000 Mark, 1. W. 250000000 Mark, 1. W. 255000000 Mark, 1. W. 260000000 Mark, 1. W. 265000000 Mark, 1. W. 270000000 Mark, 1. W. 275000000 Mark, 1. W. 280000000 Mark, 1. W. 285000000 Mark, 1. W. 290000000 Mark, 1. W. 295000000 Mark, 1. W. 300000000 Mark, 1. W. 305000000 Mark, 1. W. 310000000 Mark, 1. W. 315000000 Mark, 1. W. 320000000 Mark, 1. W. 325000000 Mark, 1. W. 330000000 Mark, 1. W. 335000000 Mark, 1. W. 340000000 Mark, 1. W. 345000000 Mark, 1. W. 350000000 Mark, 1. W. 355000000 Mark, 1. W. 360000000 Mark, 1. W. 365000000 Mark, 1. W. 370000000 Mark, 1. W. 375000000 Mark, 1. W. 380000000 Mark, 1. W. 385000000 Mark, 1. W. 390000000 Mark, 1. W. 395000000 Mark, 1. W. 400000000 Mark, 1. W. 405000000 Mark, 1. W. 410000000 Mark, 1. W. 415000000 Mark, 1. W. 420000000 Mark, 1. W. 425000000 Mark, 1. W. 430000000 Mark, 1. W. 435000000 Mark, 1. W. 440000000 Mark, 1. W. 445000000 Mark, 1. W. 450000000 Mark, 1. W. 455000000 Mark, 1. W. 460000000 Mark, 1. W. 465000000 Mark, 1. W. 470000000 Mark, 1. W. 475000000 Mark, 1. W. 480000000 Mark, 1. W. 485000000 Mark, 1. W. 490000000 Mark, 1. W. 495000000 Mark, 1. W. 500000000 Mark, 1. W. 505000000 Mark, 1. W. 510000000 Mark, 1. W. 515000000 Mark, 1. W. 520000000 Mark, 1. W. 525000000 Mark, 1. W. 530000000 Mark, 1. W. 535000000 Mark, 1. W. 540000000 Mark, 1. W. 545000000 Mark, 1. W. 550000000 Mark, 1. W. 555000000 Mark, 1. W. 560000000 Mark, 1. W. 565000000 Mark, 1. W. 570000000 Mark, 1. W. 5750

Dermischtes.

Ein wütendes Hebe. Eine Überraschung hatte eine Sambatikomödie in einem Ort in der Bünzburger Gegend. Heute, Freitag, Kinder und Dienstboten lärmten freudig beim Abendessen, da trat ein ihnen bekannte Mann in die Küche — ein ehemaliger französischer Kriegsgefangener, dem es damals bei „Deutsches und Deutschen“ so gut gefallen sei, daß er Schmiede nach ihnen bilden, als er den Haubzug in das Kriegsgebiet mitnahm mußte. Er verabscheute das Stahlzeug, ritt mit seinem Gaul in das unbekannte Gebiet, machte ihn zu „Papier“ und trat die Reise in die Heimat an. Er will, wie er sagt, mit den Dienstboten, seinen Sambatikern, nicht mehr zu tun haben.

Der lebende Heldnam. In Wallendorf erlebte eine Trauversammlung auf dem großen Campo Santo eine unheimliche Überwältigung. In dem Augenblick, in dem der Garg mit den sterblichen Überresten einer Witwe in die Erde gesetzt werden sollte, hörten die Umstehenden aus dem Garge Geschüsse, die keinen Zweifel daran ließen, daß die sogenannte Toten die Wirklichkeit habe, noch weiter zu leben. Sündhaft entstand eine Panik unter der Trauversammlung. Ein Arzt wurde zugesogen und es wurde einwanfrei festgestellt, daß die Hauptperson der Verbindung nur Scheintot gewesen war. Die Nachricht verbreitete sich mit Windeseile, und das Volk von Wallendorf, das an ein Wunder glaubt, stürmte in Waffen auf den Friedhof. Die „Toten“ befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Letzte Drahtnachrichten.

Der Reichspräsident in Karlsruhe.

Karlsruhe, 12. Februar. In einer Ansprache, mit welcher der Reichspräsident heute abend der hiesigen Bevölkerung für ihre lebhaften Huldigungen dankte, sagte er: Wir müssen gegen einen mit allen militärischen Mitteln ausgerüsteten Gegner den Kampf führen als wehrloses Volk einzigt mit den Waffen des Rechts, des Geistes und der Arbeit. Nur unter Einigkeit und Mitarbeit aller, können wir unser Ziel erreichen, das da heißt Freiheit und Zukunft unseres Volkes.

Simmer toller und toller.

Karlsruhe, 12. Februar. Der Oberbürgermeister von Offenburg erklärte in seinen Ausführungen im Anschluß auf die Rede des Reichspräsidenten, die Lokalbehörden des neuobefreiten badischen Gebietes hätten von den Franzosen den Befehl erhalten, von einem etwa beabsichtigten Besuch des Reichspräsidenten und des badischen Staatspräsidenten sofort den französischen Behörde Mitteilung zu machen. Für den Fall, daß der Reichspräsident das neuobefreite Gebiet betrete, sollten die Belagungsbehörden sofort davon in Kenntnis gestellt werden. Der Oberbürgermeister habe dies Unsinne abgelehnt.

Frankfurt a. M., 12. Februar. Wie amtlich mitgetilt wird, werden seit heute früh bis nach hier fühlenden Straßen aus dem besetzten Gebiet durch französische Polizei bewacht. Schlagbaum sind teils errichtet, teils im Bau. Die Fahrzeuge werden kontrolliert und ins besetzte Gebiet hinein, aber nicht mehr herausgelassen.

Ein neues französisches Ausfuhrverbot.

Berlin, 10. Februar. Die französischen und belgischen Mitglieder der Rheinlandskommission haben gestern ein Ausfuhrverbot für Farbstoffe, Dängemittel und Gemüse alles Art erlassen. Dies Ausfuhrverbot soll jedoch

wie die Ausfuhrverbote für Soja, Soße, Öl, Öl, Seife und Ungekochte waren im ganzen als und neuobigelegten Gebiet angewendet werden, jedoch soll die Ausfuhr nach Einholung der Ausfuhrbewilligung und gegen Entrichtung einer Ausfuhrabgabe von 10 Prozent des Wertes des ausgesetzten Waren gestattet sein.

Ausfuhrverbote im nächsten Gebiet.

Offenbach, 12. Februar. Das Oberbürgermeisteramt Offenbach hat an den Oberbürgermeister von Offenbach folgenden Divisionsbeschuß erlassen: Es sind die 12. Februar nachmittags 2 Uhr zum Kommando in Offenbach zu Reisen: 72 Personenzugwagen, von denen 36 offen und 36 geschlossen sind, diese Wagen mit wenigstens 4 Sitzen, alle mit Platzess von 90 über einer 100, die Wagenkästen in gutem Zustand und mit allem Komfort ausgestattet, einer Gefangenestellung in sehr gutem Zustand, davon wenigstens ein Gefangenab, 8 Schilder zum Wagen mit Wagnislanlage, einer Hupe und zur Bedienung bei Wagen erforderlichem Werkzeug; Gesäte sollen mit Bengol, Aspid (wenn erforderlich) gefüllt sein. Die Wagen sollen mit Chauffeuren gefüllt werden. Im Falle der Rückführung dieser Wagen werden Maßnahmen getroffen werden, um private Kraftwagen zu beschlagnahmen. Auf diesen Requisitionsbefehl hat der Oberbürgermeister geantwortet: Bevor noch die gesetzte Frist abgelaufen ist, sind bereits zahlreiche Autos auf der Straße beschlagnahmt worden. Ich erhebe gegen diese Verlegung des privaten Eigentums feierlichen Protest und fordere die Rückgabe. Die Requisition selbst zu erfüllen lehne ich ab. Das private Eigentum ist durch die Bestimmungen der Haager Konvention geschützt und dieser Eingriff selbst im Kriege als Maßnahme der Kriegsführenden verboten.

Verbesserung der Verkehrslage im Ruhrgebiet aber streng Kontrolle.

Offenbach, 12. Februar. Die Verkehrslage hat sich gegen Sonnabend wesentlich verbessert. Alle Schwierigkeiten bei dem Bahnhof Scharnhorst sind wieder behoben, nachdem der Bahnhof von den französischen Truppen freigegeben worden ist. Auch im allgemeinen scheinen die Verstopfungen der Gleise nach Osten wieder beseitigt zu sein, die durch unsachgemäße Eingriffe der Franzosen hervorgerufen worden waren. Die Kontrolle an den Grenzbahnhöfen ist nach wie vor sehr streng. Vor allem scheinen die Franzosen darauf zu achten, daß nicht mehr Wagen aus dem besetzten Gebiet heraus- als hineingehen. Kohlenwagen und Wagen mit Nebenprodukten werden nach wie vor beschlagnahmt. Die angedrohte Beschlagnahme der Wagen mit metallurgischen Fabrikaten ist, wie festgestellt werden konnte, bisher noch nicht erfolgt. Die Eisenbahnbahnhöfen haben bisher auch noch keinen französischen Befehl in dieser Hinsicht erhalten. Die Lebensmittelzuflöfe ist als befriedigend zu bezeichnen.

Vergangung d. Franzosen-Urtreis gegen den Oberbürgermeister von Duisburg.

Machen, 12. Februar. In der heute vormittag vor dem hiesigen belgischen Divisionsgericht gegen den Oberbürgermeister Jannes aus Duisburg geführten Verhandlung, der nach seiner Aussichtung durch die Belagungsbehörde wieder nach Duisburg zurückgeführt und deshalb wegen Bannbruchs angeklagt war, machte der Verteidiger Dr. Grimm die Frage der Ausweitung zum Gegenstand eingehender rechtlicher Auslegung. Er bestreit die Zuständigkeit des Gerichts und stellte fest, daß grundsätzlich der Belagungszustand im Frieden nur von der Macht verhängt werden kann, die die ...

nicht über das jeweilige Gebiet hat. Das Kapitel kam heraus, daß es für die entsprechende Organe der Ausweitung die Entscheidung bei Gesetz oder Gebot besteht, daß der General das Recht der Ausweitung nicht habe. Der Verteidiger wies in längster Rede nach, daß die Anklage aus Gründen des Sicherheitswesens völlig ungültig sei. Der Anklagesvertreter beantragte 3 Monate Gefängnis. Das Gericht, das zu den Vorhandlungen keine Zeugen aussagen hatte, beschloß nach kurzer Beratung, das Urteil erst am Sonnabend zu verkünden.

Arbeitsmarktbewilligungen.

Offenbach, 12. Februar. Heftige Soldaten versuchten auf heiligem Boden Richten zu verladen. Die Arbeiter, die sich weigerten zu helfen, wurden körperlich mißhandelt und vertrieben. Auf einer Seite hatte die Belegschaft den Betrieb sofort stillgelegt und die Wehrmacht mußte wieder abziehen. Der Bahnhof Offenbach ist wegen neuerlicher Eingriffe der Franzosen stillgelegt worden. Wie über die Güterblockade mitgeteilt wird, sind auf dem Bahnhof Oppenheim 18 Waggons französische Halbzeugfabrikate festgehalten.

24ständiger Generalstreik in Witten.

Witten, 12. Februar. Wegen den hier in letzter Zeit vorgenommenen Verhaftungen ist heute die gesamte Bevölkerung in einen 24ständigen Protestkrieg getreten. Alle Betriebe stillgelegt, die Geschäfte, Gastwirtschaften und Cafés geschlossen.

Reichsentschließungen.

Berlin, 13. Februar. Der Reichsrat nahm in seiner letzten Sitzung u. a. die Verordnungen an, durch welche zum 1. März die Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren abermals im allgemeinen verdoppelt werden. Die Gebühr für die Postkarte im Fernverkehr ist auf 40 Pfennig festgesetzt. Genehmigt wurde ferner eine Novelle zum Postgeschäft. Ferner wurde angenommen ein Nachtragsetat für 1922, der für die Neuregelung der Beamtengehälter eine durchschnittliche Erhöhung von 77 Prozent vorsieht. Schließlich wurde vom Reichsrat noch eine Verordnung angenommen, durch welche die Steuerermäßigungen bei der Lohnsteuer vom 1. März d. J. ab neugegeregelt werden. Zur Verminderung von Härten sollen die letzten 6 Arbeitstage im Februar vom Steuerabzug freigesetzt werden. Diese Vergünstigung soll jedoch nur den Lohnsteuerpflichtigen zugutekommen, deren gesamtes steuerbares Einkommen die Grenze nicht übersteigt, bis zu welcher bei der Veranlagung von 1922 ein Satz von 10% erhoben wird. Die Ermäßigungen für die Ehefrau und die minderjährigen Kinder sind vom 1. März ab gegenüber der Dezernentenovelle verdreifacht.

Wichtige Reden in Elst.

London, 12. Februar. Wie verlautet, werden Bonar Law und Lord Curzon im Unterhaus bezw. im Oberhaus bei Beginn der Debatte über die Antwort auf die Thronrede morgen wichtige Reden halten.

Der Sagens-Konflikt ist löf.

London, 13. Februar. Auf die von den Oberkommissaren bei der Türkei wegen der jüngsten Ereignisse eingeleiteten Proteste ist eine Antwort eingegangen, die als entgegenkommend angesehen wird.

Der Dollar notierte heute vormittag in Berlin vorüberlich mit 27.630.

Verantwortlich für den geläufigen Inhalt: Paul Selbmann. Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft, m. b. H., Aue.

Piötzlich und unerwartet verschieden gestern vormittag nach kurzer, heimtückischer Krankheit unser liebes, gutes Töchterchen u. Schwesterlein

Hanna

im 4. Lebensjahr. Dies zeigen in tiefer Trauer an

Walter Franke und Frau
nebst Brüderchen Egon
Großeltern und Urgroßmutter.

Aue, den 13. Februar 1923.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 15. Februar, nachmittag 1/2 Uhr vom Trauerhaus, Mehnertstr. 43, aus statt.

Familien-Drucksachen

in sauberer Ausführung liefert schnell u. preiswert die Buchdruckerei des

Auer Tageblatt.

Ein Fastnachtsscherz in ernster Zeit

scheint der durch Markierung an Ort und Stelle angedeutete Plan zur Bebauung der sogenannten

BIEMANN-ECKE

zu sein. Kein Bürger verdunstet, ihn zu bestichtigen.

— Egal Spaß. —

Ein stiller Beobachter.

Stadt. Sparkasse Böhmitz I. Erzg.

Öffnungszeit von 8 bis 12½ und 2 bis 5 Uhr

Wittwoch und Sonnabend nur vormittags.

Städte-Berufung der Gläubiger mit 4%.

Abrechnung und Beratung des Wertpapierkons.

Reparatur des Schließfachs, Teleph. Nr. 47

Aus: Gläubigertkonto u. Heidebankenkonto.

Die Sparkasse eröffnet auch brieflich.

Berpachte

mit kleinen, großen

Räume!

Ges. elektrisch vorhanden.

Beteiligung erwünscht.

Wagtför. Angebote erb. und

U. C. 491 an d. Auer Tageblatt.

„Centralhalle“ Aue

Heute Extra-Fastnachts-Programm.

„Zur Linde“

Grisebach-August-Straße.

Heute Fastnachtsrummel.

großer Fastnachtsrummel.

Musikalische Unterhaltung.

Gathof Auerhammer.

Heute offizieller

Fastnachts-Elite-Ball!

Gold- und Silber-orden - Polonaise.

Blas- und Streichmusik. — Neuere Lieder.

Höchst loben ein

Schnell's Blau-Rapelle und Gatzwirt Häuser.

Freibank Schlachthof Aue

Morgen Mittwoch von mittag von 11 bis 1/10 Uhr

Verkauf von minderwertigem Rindfleisch.

Haararbeiten

jeder Art fertigen von einfach-

her bis feinster Ausführung

Stern & Gauger

Kopf- u. Perückenfabrik, Aue

Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

Piano

Reparaturen, Stimmen,

Kupplungen von Klaviers,

Stühle u. Tische aus

Paul Friedrich,

lang Klavierbauer

der Hufeld-N.-G.

Johann-Seegerstr., Aue

Teleph. Nr. B 1.

Mikroskop

mit Objektiven

zu verkaufen. Bei Interesse

zu verkaufen. Bei Interesse